Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 16 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM frei Haus, bei Postbestellung 2.00 RM zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 6. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 289 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 11. Dezember 1939

Niemand darf sich am Kriege bereichern

Reichsminister Funk über Deutschlands Kriegswirtschaft

Im Rahmen der Hochschulwoche der Technischen Hochschule München sprach im dichtbesetzten großen Hörsaal und in Anwesenheit vieler Ehrengäste aus Partei, Staat und Wirtschaft Reichswirtschaftsminister Funk über „Deutschlands kriegswirtschaftliche Ueberlegenheit".

Reichsminister Funk betonte einleitend, es bedeute für uns eine gewisse Genugtuung, wenn wir jetzt sehen, wie unsere Gegner unter dem Zwange der Not versuchen, einen nach dem anderen der so oft von ihnen verlästerten nationalsozialistischen Wirtschaftsgrundsätze anzuwenden. Dadurch aber, daß es bei ihnen an Autorität und an den geistigen Voraussetzungen fehle, hätten sie von dieser verspäteten Nachahmung mehr Verwirrung als Nutzen. Sodann hob Minister Funk die Vorzüge einer autoritären Staatsführung auch für die Wirtschaft hervor; die deutsche Wirtschaft biete das Bild eines ungeheuren, auf höchsten Touren laufenden Betriebs, in dem jeder seine ganze Kraft einsetze.

Die sorgfältig durchdachte Verbrauchsregelung durch das Marken- und Bezugscheinsystem biete Gewähr dafür, daß jeder das Seine erhalte und daß keine sinnlose Hamsterei lebenswichtige Waren knapp werden lasse, die bei gerechter Verteilung in ausreichender Menge vorhanden sind. Unsere Rohstoffgrundlage sei durch den Vierjahresplan wesentlich verbessert worden. Ueberall befinde sich die Produktion in einem ununterbrochenen steilen Anstieg. Es ist nicht so, wie vielfach draußen behauptet werde, daß die Zeit gegen uns arbeite, weil wir unsere Reserven verbrauchten. Nein, das Gegenteil treffe zu, denn die Erzeugnisse unserer synthetischen Industrie würden mit der Zeit immer besser, immer billiger und immer zahlreicher werden.

Was den Außenhandel betreffe, zeigen zahlreiche Stimmen aus neutralen Ländern, daß man dort weder gewillt noch in der Lage ist, auf den großdeutschen Markt zu verzichten. Mit dem Ausfall englischer und französischer Lieferungen würden vielmehr immer mehr Aufträge nach Deutschland gelegt. „Für das, was uns der Ueberseehandel nicht mehr zu geben vermag", so fuhr der Minister fort, „werden wir zum guten Teil in Rußland Ersatz finden. Auch hier arbeitet die Zeit für uns. Die russische Erzeugung ist außerordentlich steigerungsfähig, und wenn sich der Austausch erst einmal eingespielt hat, ist mit regelmäßig zunehmenden Lieferungen zu rechnen. Während wir im Weltkriege von drei Seiten eingeschlossen waren, stehen uns heute für unsere Versorgung der gesamte europäische Kontinent östlich Frankreichs und weite Teile Asiens zur Verfügung.

Mag England getrost an den Eingängen der Nordsee auf der Lauer liegen, in dem weiten mittel- und osteuropäischen Raum wird sich ein reger und vielseitiger Güteraustausch vollziehen, bei dem jeder auf seine Kosten kommt und jeder das erhält, was er braucht."

So habe sich unser Außenhandel in den ersten Kriegsmonaten noch recht zufriedenstellend entwickelt. Da wir mit unseren Rohstoffvorräten haushälterisch umgehen müßten, sei auch auf dem Gebiete der industriellen Rohstoffe eine Bewirtschaftung erforderlich, die in den Händen der Reichsstelle liege. Mit der Rohstoffbewirtschaftung müsse auch eine sinnvolle Lenkung des Arbeitseinsatzes Hand in Hand gehen. Innerhalb des zivilen Sektors müßten die verbliebenen Arbeitskräfte zweckmäßig verteilt und die fehlenden durch Heranziehung älterer Arbeitskräfte, Einstellung von Frauen und sonstige organisatorische Maßnahmen tunlichst ersetzt werden. In diesem Zusammenhang sei besonders die große und erfolgreiche Umschulungsarbeit auf Grund des dem Reichswirtschaftsminister erteilten Nationalisierungsauftrages zu erwähnen. Das Gesamtergebnis der im Laufe eines Jahres umgeschulten Personen betrage über eine Million.

Bei der Behandlung der Finanzierungsprobleme stellte der Minister klar, daß der Nationalsozialismus auf die einfachste, aber auch schlechteste Finanzierungsmethode: die hemmungslose Geldschöpfung, die schließlich eine Inflation zur Folge haben müsse, aus sozialer und nationaler Verantwortung von vornherein verzichtet habe.

Von diesem unehrlichen Mittel abgesehen, beständen praktisch zwei Finanzierungsmöglichkeiten: die systematische Heranziehung von Ersparnissen und die Besteuerung. Die nationalsozialistische Kriegsfinanzierung werde von den beiden Grundsätzen beherrscht, daß eine Geldentwertung vermieden und die Bildung von Kriegsgewinnen unterbunden werden soll. „Wir werden dafür sorgen", so rief Minister Funk aus, „daß die Ersparnisse des deutschen Soldaten und des deutschen Arbeiters ihren Wert behalten, und werden es nicht dulden, daß irgend jemand sich am Krieg bereichert.

Der Schwerpunkt unserer Kriegsfinanzierung liegt im übrigen bei den Steuern. Dabei hält sich die Belastung durch die neu eingeführten Steuerzuschläge durchaus in erträglichen Grenzen. Der Steuerdruck darf auch nicht übermäßig gesteigert werden, denn das hätte ja nur zur Folge, daß jede Wirtschaftsinitiative, auf die wir trotz aller staatlichen Regelung gerade jetzt nicht verzichten wollen, gelähmt wird. Auch dem deutschen Arbeiter soll nicht mehr zugemutet werden, als er billigerweise tragen kann. Demgegenüber wiegen die Lasten, welche dem Arbeiter heute zum Beispiel in Frankreich aufgebürdet werden, für diesen um so schwerer, als er nicht den gleichen sozialen und wirtschaftlichen Rückhalt wie der deutsche Arbeiter besitzt." Dann faßte der Minister den Kern des Finanzierungsproblems in folgende Sätze zusammen: „Wenn bewußt auf eine stärkere Anziehung der Steuerschraube bisher verzichtet wurde, so konnte dies nicht zuletzt im Hinblick auf die Selbstdisziplin der Bevölkerung geschehen.

Das Vertrauen des deutschen Volkes in die Reichsführung ist unser stärkstes Kriegskapital. Das Kriegssparen muß zu einer nationalen Pflicht des deutschen Volkes erhoben werden!"

Nachdem Reichsminister Funk noch die Verschärfung der Preiskontrolle und den Lohnstop behandelt hatte, kennzeichnete er zum Schluß Sinn, Plan und Ziel der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft wie folgt: „Wir verzichten auf einen billigen Optimismus, wohl aber besitzen wir im Vertrauen auf unseren Führer die Gewißheit, diesen Kampf sicher und siegreich durchzustehen. Die Mächte, die sich unserem Aufstieg aus der tiefsten Erniedrigung von Versailles stets entgegenstemmten, haben diesen Krieg gewollt.

Wir wollten ihn nicht, aber wir werden ihn zu führen wissen. Die Gerechtigkeit unserer Sache gibt uns die Gewißheit, daß die Abrechnung keinen anderen Ausgang haben kann als unseren vollen, endgültigen Sieg. Unser Denken und Fühlen, unser Leben und Schaffen wird heute von einem einzigen Wort beherrscht. Und dieses Wort heißt: Sieg! In diesem Wort ist aber auch inbegriffen der tiefste und aufrichtigste Herzenswunsch von 80 Millionen deutschen Männern, Frauen und Kindern, der Inbegriff unseres Sorgens und Hoffens, unseres Glaubens und Vertrauens: Heil unserem Führer!"

Eine deutsche Klarstellung

Durchsichtige Manöver zur Trübung des deutsch-russischen Verhältnisses

Gewisse schwedische Zeitungen berichten in sensationeller Aufmachung von deutschen Kriegsmaterialtlieferungen an Finnland. Außerdem wird behauptet, eine fremde Macht habe in jüngster Zeit an Finnland Flugzeuge geliefert und Deutschland habe die Durchfuhr dieser Flugzeuge gestattet und begünstigt.

Diese Meldung ist frei erfunden und lediglich dazu bestimmt, das deutsch-russische Verhältnis zu trüben. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß seit Entstehen des Konfliktes zwischen Sowjetrußland und Finnland weder aus noch über Deutschland irgendwelches Kriegsmaterial an Finnland gegangen ist.

Keine besonderen Ereignisse

Geringe örtliche Infanterie- und Artillerietätigkeit.

DNB. Berlin, 10. Dezember.

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

Bei geringer örtlicher Infanterie- und Artillerietätigkeit verlief der gestrige Tag ohne besondere Ereignisse.

An der Westküste Englands torpediert

Nach einer Reuter-Meldung ist der 6668 Tonnen große englische Dampfer „Brandon" an der Westküste Englands versenkt worden.

Der dänische Dampfer „Scotia" ist in der Nordsee mit allen 21 Mann seiner Besatzung untergegangen. Die „Scotia", ein Schiff von 1400 Netto-Register-Tonnen, gehörte zu der Flotte der Gesellschaft der Vereinigten Kohlenimporteure Dänemarks. Es wurde nach den bisher vorliegenden Nachrichten durch eine Explosion zerstört.

Ein weiteres britisches Schiff ist an der holländischen Küste in der Nähe von Hoek van Holland „gescheitert". Ein anderes britisches Schiff „Jim" (833 Tonnen) „scheiterte" in der Nähe von Rotterdam. Die Besatzungen der beiden Schiffe konnten in die Rettungsboote gehen.

Der gleichfalls torpedierte Dampfer „Navasota" ist innerhalb von acht Minuten gesunken. Die Ueberlebenden befanden sich drei Stunden in ihren Booten, bevor sie von einem anderen Schiff aufgenommen wurden.

England — Todesfahrt

Der britische Tankdampfer „San Alberto" (7400 To.) wurde, wie eine in Newyork aufgefangene Funkmeldung besagt, in der Höhe von Landsend an der britischen Südwestküste torpediert. Der belgische Petroleumdampfer „Alexandre Andre" eilte der „San Alberto" zu Hilfe.

Das holländische Motorschiff „Jminghant" ist am Sonntag bei Kallantsoog auf eine Mine gelaufen. Einheiten der Marine konnten die sieben an Bord befindlichen Personen retten.

Ein Dampfer brachte am Sonnabend 16 Mann der Besatzung des norwegischen Dampfers „Gimle" (1271 To.) aus Arendal nach Oslo. Wie die Geretteten berichten, sank die „Gimle" nach einer Explosion am 4. Dezember an der britischen Ostküste.

Nach einer Reutermeldung ist der 751 Tonnen große britische Dampfer „Corea" in der Nacht an der englischen Ostküste auf eine Mine gelaufen und gesunken. Sieben Mitglieder der Mannschaft wurden an Land gebracht. Der Kapitän und sieben Mann werden vermißt.

Engländer in Belgien notgelandet

Das Flugzeug beschlagnahmt, der Flieger geflüchtet.

Ein englisches Aufklärungsflugzeug mußte in der Nähe von Esplechin, einige Meter von der französischen Grenze entfernt, eine Notlandung vornehmen. Der einzige Insasse ergriff noch vor dem Eintreffen der belgischen Patrouille die Flucht. Es gelang ihm, sich auf französischem Boden in Sicherheit zu bringen. Das Flugzeug wurde beschlagnahmt.

Englischer Sperrballon über Westjütland

Erheblicher Schaden angerichtet

Ein losgerissener englischer Sperrballon richtete in Dänemark wieder viel Unheil an. Der Ballon, der von der Nordsee kam, hatte eine besonders lange Stahltrosse, die zahlreiche Telephondrähte und elektrische Leitungen zerriß. Ferner riß sie lange Stücke Stacheldraht mit sich, durch den viele Kurzschlüsse entstanden. Auch zahlreiche Fensterscheiben wurden zerbrochen. Der Ballon ging schließlich so hoch, daß die Trosse keine Gegenstände mehr berührte, und verschwand über das Meer in der Richtung auf Norwegen.

Schärfster sowjetrussischer Protest in London

Moskau fordert Ersatz für alle Schäden infolge der britischen Seeräuberpraxis

Das englische Vorgehen eine „völlig willkürliche Verletzung des Völkerrechts"

Das sowjetrussische Außenkommissariat hat am Sonntag, wie die „Tass" bekanntgibt, der britischen Botschaft in Moskau eine Note überreicht, in der die Sowjetregierung Protest einlegt gegen die Maßnahmen, die die britische Regierung mit ihrer Verordnung vom 28. November d. J. gegen den deutschen Export nach den neutralen Ländern getroffen hat. In der Note wird festgestellt, daß die britischen Maßnahmen das Völkerrecht verletzen und insbesondere den Handel und die Interessen der neutralen Staaten auf das schwerste beeinträchtigen. Die neue „präzedenzlose" Methode der britischen Regierung im Handelskrieg gegen Deutschland werde deshalb von der Sowjetregierung auf das schärfste abgelehnt wobei sich die Sowjetregierung das Recht vorbehält für alle ihr daraus eventuell entstehenden Schäden Ersatz zu fordern.

Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Moskau, 10. Dezember 1939.

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR beehrt sich im Auftrag der Regierung der UdSSR die Botschaft Großbritanniens zu ersuchen, folgendes zur Kenntnis der britischen Regierung zu bringen.

Durch die Note, die der Botschaft am 25. Oktober d. J. überreicht worden ist, hat die Sowjetregierung erklärt, daß sie nicht einverstanden ist mit den Maßnahmen, die — von der britischen Regierung unter dem Vorwand der Bekämpfung der Kriegskonterbande durchgeführt — die Grundsätze des Völkerrechts verletzen, die Interessen der neutralen Länder schwer beeinträchtigen und den internationalen Handel zerstören.

Die Sowjetregierung sieht sich gezwungen, festzustellen, daß von seiten Großbritanniens gegenwärtig neue Maßnahmen des Wirtschaftskrieges getroffen worden sind, die ihrem Wesen nach gegen den Seehandel der neutralen Staaten gerichtet sind.

Durch die Verordnung vom 28. November d. J. maßt sich die britische Regierung das Recht an, jeden beliebigen Seetransport von Waren aus deutschen Häfen zu unterbinden. Außerdem fordert die britische Regierung, daß Waren deutschen Ursprungs desgleichen nicht aus den Häfen neutraler Staaten ausgeführt werden sollen. Ferner besteht die britische Regierung darauf, daß Schiffe, die die obengenannten Waren befördern, zur Löschung ihrer Ladung in britische oder französische Häfen einlaufen, wo diese Frachten der Beschlagnahme unterliegen, ja, sogar dem Zwangsverkauf. Schließlich verpflichtet die britische Regierung die Schiffe, die mit einer beliebigen Fracht aus den Häfen von Staaten auslaufen, zu denen Deutschland einen Zugang hat, sich zur Kontrolle in dafür eigens bezeichnete britische oder französische Häfen zu begeben.

Die neue Methode des Wirtschaftskrieges, die durch die Verordnung vom 28. November d. J. eingeführt wurde, kennt keinen Präzedenzfall in der Geschichte der internationalen Beziehungen und stellt eine weitere Verletzung der Normen des Völkerrechtes dar, denen zufolge niemand den neutralen Ländern verbieten kann, für ihre Bedürfnisse vom Territorium kriegführender Staaten die einen oder anderen Waren einzuführen, unabhängig von ihrer Herkunft. Dieselbe Verletzung des Völkerrechts stellt das Verbot der Transporte von Waren deutschen Ursprungs von einem neutralen Hafen in einen anderen dar.

Schließlich hält die Sowjetregierung die Forderung der Verordnung vom 28. November für völlig willkürlich, wonach — unabhängig vom Ursprung der transportierten Frachten — Schiffe, die aus Häfen derjenigen neutralen Staaten, zu denen Deutschland Zugang besitzt, auslaufen, zur Kontrolle sich in britische oder französische Häfen zu begeben haben.

Infolge der oben genannten Gründe hält die Sowjetregierung es für erforderlich, gegen die Maßnahmen Protest zu erheben, die auf Grund der Verordnung vom 28. November 1939 getroffen wurden und die eine Verletzung der Rechte und Interessen der neutralen Länder darstellen. Die Sowjetregierung behält sich das Recht vor, für die entstehenden Verluste Ersatz zu fordern, wenn ein staatliches Schiff der Sowjetunion zwangsweise in einen britischen oder französischen Hafen eingebracht wird, oder wenn in Anwendung der Verordnung vom 28. November d. J. dem auswärtigen Handel der UdSSR irgendein beliebiger anderweitiger Schaden zugefügt wird."

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF